

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Herrn Dr. phil. h. c. h.
Herrn Dr. phil. h. c. h.
Herrn Dr. phil. h. c. h.
Herrn Dr. phil. h. c. h.

Abonnementspreis: Die Abonnementpreise betragen für den Monat 1.00 Mark, für den halbjährlichen 5.00 Mark, für den jährlichen 10.00 Mark. Bei den Abonnementpreisen sind die Steuern für den Versand eingeschlossen. Die Abnehmer sind verpflichtet, die Abonnementgebühren rechtzeitig zu zahlen. Bei Nichtzahlung der Abonnementgebühren wird die Abonnementkarte suspendiert. Die Abnehmer sind verpflichtet, die Abonnementkarte an der richtigen Adresse zu erhalten. Bei Änderung der Adresse ist dies rechtzeitig anzuzeigen. Die Abnehmer sind verpflichtet, die Abonnementkarte an der richtigen Adresse zu erhalten. Bei Änderung der Adresse ist dies rechtzeitig anzuzeigen.

Nr. 167.

Mittwoch, den 20. Juli 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

W.F.W. meldet: Die neuerdings auftretenden Gerüchte, daß das Reichskabinett zum Rücktritt entschlossen sei, sind unzutreffend.

In der vorläufigen deutschen Antwort auf die französischen Vorstellungen wegen Oberschlesien wird die tatsächliche Lage in Oberschlesien als äußerst bedrohlich dargelegt.

Ein vom britischen Kriegsamt erlassener Armeebefehl kündigt einen Wechsel in den englischen Besatzungsstruppen an.

Der Grenzführer de Batera erklärte über die Konferenz mit Lloyd George, er habe nichts Bestimmtes vorgeschlagen, er fordere nur das Selbstbestimmungsrecht für das irische Volk.

Zwangswirtschaft und Brotpreis.

Von Reichstagsabg. Anton Grefen-Düffeldorf.
Der Reichstag hat vor einigen Wochen eine wichtige Wenderung der Getreidewirtschaft beschlossen. Während bisher alles Getreide, das nicht zum eigenen Bedarf des Bauern und seiner Familie diente, abgeliefert werden mußte, braucht von jetzt ab nur noch etwa ein Drittel abgeliefert zu werden. Die restlichen zwei Drittel können frei verkauft werden. Damit ist natürlich eine Erhöhung des Brotpreises verbunden und zwar wird das 1900 Gramm-Brot vom 18. August ab statt 5 Mark etwa 7 Mark kosten. Diese Tatsache hat Anlaß zu vielen Angriffen gegeben. Es ist nötig, die Angelegenheit einmal sachlich zu prüfen. Leider werden in Deutschland viele wichtige wirtschaftliche Fragen mit politischen Schlagworten behandelt, statt sachlich nachgeprüft zu werden. Die Getreidewirtschaft war allmählich zur reinen Komödie geworden. Es gibt wenig Leute in Deutschland, die sich immer streng an die Brotrationierung gehalten haben. Wer Mehl zu erzwungenem Schleißhandelspreisen kaufen konnte, hat es getan. Wie die Zwangswirtschaft durch die Verbraucher durchbrochen wurde, so auch von den Erzeugern, die den höheren Schleißhandelspreis gern nahmen, wenn sie ihn bekommen konnten. Im Erntejahr 1920/21 war die Zwangswirtschaft schon so weit zusammengebrochen, daß kaum ein Drittel des öffentlich bewirtschafteten Bedarfs an Brotgetreide gedeckt werden konnte. Zwei Drittel wurden zu Schleißhandelspreisen verkauft. Freies Mehl, freie Backwaren konnte man fast überall erhalten. Und wer kaufen konnte, tat es ohne daran zu denken, daß er damit die Zwangswirtschaft untergraben half.

Nun entwickelt sich folgende Lage: Zwei Drittel des deutschen Getreides wurde im Schleißhandel verkauft. Staat und Gemeinden erhielten nicht annähernd so viel Getreide, wie sie auf Grund der Kartellen an Brot liefern mußten. Die fehlenden Mengen mußten im Auslande gekauft werden. Ausländisches Getreide kostete aber im Winter 1920/21 die Tonne rund 6000 Mark und heute noch etwa 5000 Mark. Der deutsche Bauer erhält dagegen für sein abgeliefertes Getreide nur 1600 Mark die Tonne, wonit er vielfach nicht mal die Produktionskosten decken kann. Er mußte also sein Getreide in den Schleißhandel schicken, es abzuliefern. Eine weitere Folge war, daß der Anbau von Getreide nachließ. Die Bauern erzeugten lieber andere Lebensmittel, an denen sie mehr verdienen konnten. Das führte wieder dazu, daß das Reich mehr Getreide zu hohen Preisen im Auslande auslaufen, als Devisen beschaffen mußte. Das war aber nur eine Seite des Unsinnes. Die zweite sieht so aus: Der Preis des deutschen Brotes war berechnet nach dem deutschen Getreidepreis. Da aber mehr als die Hälfte des deutschen Brotes aus ausländischem Getreide hergestellt wurde, so mußte das Reich bei jedem Brot etwa 5 Mark aus der Reichskasse zu legen. Ein vollständiges Brot aus ausländischem Getreide müßte etwa 14 bis 15 Mark kosten; wenn es halb aus inländischem, halb aus ausländischem Getreide hergestellt wird, muß das Brot etwa 10 Mark kosten. In Wirklichkeit zahlten wir 5 Mark. Diese Verbilligung hat dem Reich über 10 Milliarden Mark aus Steuermitteln gekostet. Wäre das eine vorübergehende Notwendigkeit gewesen, so hätte man sich damit abgefunden. Da es aber ein Dauerzustand sein würde, muß man diese Verhältnisse ändern und zwar schnell ändern. Es ist im Grunde gleichgültig, ob ich für das Brot 10 Mark bezahle und dann entsprechend weniger an Steuern zu leisten habe, oder ob ich es für 5 Mark kaufe, dafür aber 300 Mark Steuern pro Kopf im Jahr mehr bezahlen soll. Für die Ausfuhr ist das aber nicht gleichgültig. Das auf Kosten der Steuerzahler billigere gelieferte Brot setzt den Fabrikanten und den Händler in Ausfuhrwaren in den Stand, deutsche Waren im Auslande weit unter Preis zu verkaufen und damit zur Verarmung Deutschlands beizutragen. Darüber wird in anderem Zusammenhang noch zu reden sein. Jedenfalls war es vom Tage der Annahme des Londoner Ultimatus ab unmöglich, daß das Reich weiter so hohe Milliardensummen als Zuschüsse ausgibt. Diese Erkenntnis hat sich allmählich durchgesetzt, und zwar ganz besonders auch in sozialdemokratischen Kreisen. Bereits am 10. Mai 1920 be-

schloß der Verbandstag nordwestdeutscher Konsumvereine folgendes: Eine Verbilligung der Waren wird heute durch die Zwangswirtschaft nicht mehr erreicht. Der ganze bürokratische Apparat belastet im Gegenteil die Waren mit ungeheuren Unkosten. Der Verbandstag fordert daher von der Regierung den sofortigen Abbau der zwangswirtschaftlichen Bewirtschaftung. — Man beachte, es waren Sozialisten und Unabhängige, die das schon vor 14 Monaten beschlossen! Und noch am 18. Juni d. J. sprach sich der Zentralverband der Konsumvereine für die Aufhebung des Restes der Zwangswirtschaft, d. h. der Auserbewartung aus. Schließlich und endlich die Gesetzesvorlage über die Wenderung der Getreidewirtschaft wurde auch von den mehrheitssozialistischen Ministern gedeckt und sie hatte im Reichswirtschaftsrat die Zustimmung aller Vertreter der freien Gewerkschaften gefunden. Und im Reichswirtschaftsrat haben noch Anfang Juli alle Vertreter der freien Gewerkschaften einstimmig für die Aufhebung der Auserbewartung gestimmt.

Das wäre nun alles sehr schön gewesen, wenn die Herrschaften nur auch den Mut gefunden hätten, sich zu ihrer eigenen Ansicht auch öffentlich zu bekennen. Da aber die Unabhängigen die unerbittliche Steigerung des Brotpreises zum Gegenstand einer großen Agitation machten, wagten die freien Gewerkschaften nicht, Farbe zu bekennen. Eine nicht sehr glückliche parlamentarische Taktik der anderen Parteien hat es ihnen ermöglicht, so zu tun, als hätten sie gegen die Brotverteuerung gestimmt. Auch im kommenden Jahr erhält der deutsche Bauer für sein Getreide nur 2100 Mark, während wir dem ausländischen Bauer 5000 Mark bezahlen. Nur für das freie Getreide wird er mehr erhalten. Auch in Zukunft muß das Reich 3 1/2 bis 4 Milliarden zu zahlen, damit der Brotpreis nicht über etwa 7 Mark steigt. Immer noch müssen wir pro Kopf annähernd 200 Mark mehr Steuern bezahlen, um die Brotzuschüsse wieder einzubringen. Immer noch machen wir es so möglich, daß deutsche Waren im Auslande verschleudert werden. Die Agitation gegen die angeblichen Brotverteurer ist also eine Unwahrheit. Wenn der Brotpreis steigt, dann muß man zweierlei verlangen: 1. Der Gehalt- und Lohnempfänger kann die Steigerung nicht aus seiner Tasche bezahlen; er wird einen Ausgleich durch Lohn- bzw. Gehaltserhöhung verlangen müssen, insoweit die Belastung der Wirtschaft nicht durch gesteigerte Produktivität der Arbeit wettgemacht wird. 2. Die durch die Preissteigerung entstehenden Papiergewinne müssen in irgendeiner Weise für die Reparationsverpflichtungen nutzlos gemacht werden. Das erstere will der Antrag Erkelens-Begler über Anpassung der Abgabe an die Lebenshaltungskosten erreichen. Der zweite Punkt ist bei der Steuergesetzgebung zu beachten.

3 Millionen Pfd. Sterl. für Brotgetreideeinkäufe.

Es ist in den letzten Tagen zwischen der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel mit Zustimmung des Reichsernährungsministeriums und des Reichsfinanzministeriums ein Abkommen mit einer größeren Gruppe englischer Großbanken, u. a. Baring, Kleinwort, Morgan, Rothschild, Schröder, getroffen worden, nach welchem der Einfuhrgesellschaft ein Kredit in Höhe von zunächst 3 Millionen Pfund Sterling in der Weise zur Verfügung gestellt wird, daß für die zu tätigen Brotgetreideeinkäufe von Ueberses die Bankhäuser auf die genannten Banken Wechsel mit viermonatiger Laufzeit ziehen. Auf diese Weise können die noch erforderlichen Mengen Brotgetreide im Ausland zu recht günstigen Bedingungen erworben werden.

Die Notlage der ober-schlesischen Industrie.

Von einem hervorragenden industriellen Fachmann wird dem Auer Tageblatt geschrieben: Neben all dem Schrecklichen, was der dritte Polenaufstand in Oberschlesien mit sich brachte, hat er in erster Linie ein bößes Dornelieder des gesamten Wirtschaftslebens in Oberschlesien zur Folge gehabt. Die Absperrung des Gebietes durch die Insurgenten brachte durch Unterbindung jeder Einfuhr aus dem natürlichen Hinterlande, aus Mittel- und Niederschlesien, sofort die Schrecken, Entbehrungen und die Gefahr der Hungersnot mit sich. Sie bewirkte außerdem ein derartiges Hochschwellen der Lebensmittelpreise, daß die arbeitende Bevölkerung in bitterer Not geriet. Schon diese eine Erfahrungstatsache sollte genügen, jeden Gedanken einer Abschmälerung des Zentralerbes von seinem natürlichen deutschen Versorgungsgebiet von der Hand zu weisen. In noch krasser Form legt aber eine Betrachtung der Montanindustrie dar, wie sehr die ober-schlesische Wirtschaft durch den Polenaufstand gelitten hat, und wie wenig es den Polen möglich war, nach Durchschneidung der wirtschaftlichen Fäden mit Deutschland, einen geordneten Betrieb aufrecht zu erhalten. Direkte Verluste entstanden den Werken durch zahlreiche Verabungen und Diebstähle, sowie durch Beschlagnahmen. Die indirekten Verluste sind aber noch größer, sie hätten die Werke in kurzer Zeit zu einer völligen Einstellung des Betriebes zwingen müssen. An einer sachgemäßen Führung der Unternehmungen fehlte es vollkommen, da die meisten Werke der Verwaltungen, an Geld und Leben auf-

schwerste bedroht, außerhalb des Industriegebietes weilen mußten. Neben dem in ihren wirtschaftlichen Forderungen zum Ausdruck gekommenen Volkswutismus zeigte sich der Chauvinismus der Polen gegen deutsche Betriebsleiter Angestellte und Arbeitergenossen. Deshalb um politische Umstände unterzubringen, wurden den Werken die besten Arbeitskräfte entzogen, die Versumpfung und Verlotterung der Werke war die natürliche Folge dieses Vorganges. Die Wiederaufnahme der Arbeit auf den industriellen Werken konnte an der Erhaltung der ober-schlesischen Wirtschaft nichts ändern. Im Gegenteil, je mehr damals Oberschlesien produzierte und je größer infolgedessen der Verbrauch an den einzuführenden Rohstoffen und Materialien war, um so schneller und umfangreicher wurde die Einschränkung und Einstellung der Betriebe zur unabwehrbaren Notwendigkeit. Das zeigte sich ja vor allem in der Eisenindustrie. Es fehlte weiterhin der Absatz, die Walzwerke hatten keine Aufträge und wurden aber durch die polnischen Arbeiter gezwungen, ohne Spezifikation in den Bestand zu halten. Dazu kommt noch, daß durch den Aufstand die ober-schlesische Industrie vor den finanziellen Zusammenbruch gestellt wurde. Im ganzen hat sich also gezeigt, daß eine Unterbrechung der Wechselbeziehungen zwischen der ober-schlesischen Industrie und Deutschland eine Katastrophe der ober-schlesischen Industrie bringen muß.

Ein polnisch-französischer Geheimvertrag.

Ungläubliche Zustörungen in Polen.
Das deutsche Abendblatt meldet aus Weutchen: Am 27. Juni hat im Hauptquartier Korsanthe in Schoppinitz eine streng vertrauliche Sitzung stattgefunden, an der folgende Persönlichkeiten teilnahmen: Korfanty, drei Mitglieder des polnischen A. C. R. und als Bevollmächtigte der polnischen französischen Offiziere Become Denis und Montalgre, der inzwischen in Weutchen erschossen worden ist. wurde festgelegt:

1. Der Beschluß des Obersten Rates über das Geschick Oberschlesiens wird der Tatsache Rechnung tragen, daß durch die elementare Erhebung des polnischen Volkes, der fern ernsthafter Widerstand entgegengesetzt werden konnte, die Zugewandigkeit der nunmehr geräumten Gebiete zu Polen einwandfrei festgestellt ist.
2. Die freie Jurisdiktion mit Waffen aus den bislang besetzt gehaltenen Gebieten Oberschlesiens wird der polnischen Armee (1) zugesichert. Die formell ja wohl nicht zu vermeidende Forderung Deutschlands, Polen möge die Waffen abgeben, wird nicht vor dem 3. Juli erlassen.
3. Den Polen wird garantiert, daß die Jurisdiktion des deutschen Selbstschutzes, seine Entwaffnung und restlose Auflösung erzwungen wird, sei es auch durch Verlängerung oder Verschärfung der Sanktionen.
4. Der durch den Aufstand ertungene polnische Einfluß und die polnische Macht sollen ohne Schwächung erhalten bleiben. Als Mittel hierzu werden Ortswehren, Ortskommandos usw. unter polnischer Führung gebildet.
5. Um der polnischen Armee einen noch massiven Kampf um die strittigen Gebiete zu ersparen, wird garantiert, daß die internationalisierte Kommission nach Bekanntgabe der endgültigen Entscheidung über Oberschlesien den Zugang von Deutschen zwecks Verfestigung der deutschen R. O. mit allen Mitteln, unter Umständen sogar durch Verhängung der Eisenbahnsperre, verhindert wird.
6. Um eine Festigung der Verhältnisse und eine Verhütung der Deutschen eintreten zu lassen, wird zugesichert, daß die Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien erst im letzten Drittel der durch den Versatler Vertrag festgelegten Frist stattfindet.
7. Polen wird das Recht zugesprochen, die ihm zufallenden Gebiete sofort nach erfolgter Entscheidung militärisch zu sichern und die hierzu notwendigen Vorbereitungen schon jetzt zu beginnen.

Das neue Parteiprogramm der Sozialdemokratie.

M. Das Erfurter Parteiprogramm der Sozialdemokratie ist, wie auch von seinen Anhängern zugegeben wird, hauptsächlich durch die Folgerwirkungen der Revolution, mehr als durch sein 30jähriges Alter überholt. Deshalb hatte der letzte sozialdemokratische Parteitag in Kassel seine Revision beschlossen und eine Programmkommission eingesetzt, der unter dem Vorsitz von Adolf Braun, Prof. Heinrich Cunow, Prof. Großschäfer, der frühere preussische Ministerpräsident Paul Dietrich, Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, sowie die Abgeordneten Hermann Müller-Berlin, Müller-Branden, Dr. Quard, Keil, Marie Juchacz und Tom Pfälz angehörten. Der Vorwärts veröffentlicht nun den Entwurf des neuen Programms, der fast 1 1/2 Seiten zur Vorschulfassung unterbreitet werden soll. Er kündigt gleichzeitig das Erscheinen eines Kommentars an, der von der gesamten Kommission hergestellt ist. In die Spitze des Programms ist eine grundsätzliche Ziel-

23

Kuchen- eisen, e Dierc- ein

latt.

miss sel

orle

ragen

igen

latt.